

Regenbogennation Südafrika: Geschürter Hass gegen Migranten

Von LEONIE MARCH

Der 30. Juni 2026 war ein denkwürdiger Tag in Südafrika. Bis zu dieser Deadline sollten alle illegalen Migrant:innen Südafrika verlassen haben, hatten die Organisatoren des für dieses Datum ausgerufenen Protesttags zuvor wochenlang und zunehmend lautstark gefordert. Entsprechend groß war die Angst vor einem fremdenfeindlichen Flächenbrand. Auf Social-Media-Kanälen und in Whatsapp-Gruppen kursierten etliche Fake News und Videos, die die Stimmung anheizten. Tonangebend war dabei »March and March«, nach eigenen Angaben eine Bürgerbewegung gegen illegale Migration - mit »South Africa First«-Rhetorik. Sie existiert erst seit Mitte 2025, ist aber offenbar gut organisiert und finanziert. Die Gründerin der Bewegung ist Jacinta Ngobese-Zuma, 40 Jahre alt, Ex-Radiomoderatorin, Aktivistin und Influencerin. Ihrer Bewegung ist es gelungen, landesweit zehntausende Südafrikaner:innen für ihre Protestmärsche zu mobilisieren und das ganze Land mit ihrem Ultimatum in Schrecken zu versetzen, ja sogar die Agenda der Regierung zu bestimmen.

Einige Kommentatoren sprechen von einem Wendepunkt der Post-Apartheid-Ära. Migrant:innen aus anderen afrikanischen Staaten fliehen aus der sogenannten Regenbogennation, die einst auf ihre Willkommenskultur und ihre liberale Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik stolz war. Zehntausende brechen aus Angst vor fremdenfeindlich-afrophober Gewalt auf, begleitet von dem Schlachtruf »Abahambé«, der durch informelle Sied-

lungen, Townships, Innenstädte, Vororte und sogar kleinere Orte schallt. »Sie sollen gehen«, bedeutet das auf isiZulu. Sie sollten die Herausforderungen ihrer Heimatländer lösen, statt in Südafrika für Probleme zu sorgen.

Anfang Juni wandte sich Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa angesichts des Protestaufrufs zum 30. Juni mit einer Rede an die Nation.¹

Darin äußerte er Verständnis dafür, dass sich die Bürger:innen über die Sicherheit der Grenzen sorgten. Eine unkontrollierte illegale Einwanderung stelle ein Risiko für die Sicherheit, Stabilität und den wirtschaftlichen Fortschritt Südafrikas dar. Die illegale Migration könne jedoch nicht für alle Probleme Südafrikas verantwortlich gemacht werden, so Ramaphosa. Zugleich warnte er vor jenen, die die »legitimen Bedenken der Südafrikaner:innen nutzen, um das Land zu destabilisieren« und ihre eigene politische, persönliche oder kriminelle Agenda zu verfolgen.

Ngobese-Zuma etwa spricht von einer »Invasion illegaler Einwanderer«, die die Souveränität Südafrikas gefährde. In fremdenfeindlichen Kampagnen kursieren bis zu zehnmal höhere Einwanderungszahlen als sie die offizielle Statistiken ausweisen. Letzteren zufolge leben etwa zweieinhalb Millionen Einwanderer in Südafrika, das entspricht einem Bevöl-

LEONIE MARCH, geb. 1974 in Düsseldorf, ist Psychologin, freie Journalistin und Auslandskorrespondentin in Südafrika.

¹ Address by President Cyril Ramaphosa on migration, Union Buildings, Tshwane, thepresidency.gov.za, 7.6.2026.

kerungsanteil von knapp vier Prozent. Die meisten stammen aus Staaten im südlichen Afrika.²

Ramaphosa versuchte in seiner Rede Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Allein im vergangenen Jahr seien 450 000 Menschen aufgegriffen worden, die Südafrikas Grenzen illegal überqueren wollten. Zugleich hat sich die Zahl der Abschiebungen in den vergangenen fünf Jahren fast vervierfacht. Ramaphosa stellte zudem einen Fünf-Punkte-Plan vor, der ein entschlossenes Vorgehen gegen Gesetzesverstöße sowie Gesetzesverschärfungen vorsieht, die Bekämpfung der Korruption im Einwanderungssystem und bei der illegalen Einreise sowie eine stärkere Kooperation unter afrikanischen Staaten in Migrationsfragen. Neu sind diese Punkte nicht, in der Vergangenheit gab es ähnliche Ankündigungen, die aber weitgehend folgenlos blieben.

An der Stimmung auf den Straßen änderte die Rede daher nichts. Immer wieder flammte vor dem 30. Juni Gewalt auf, teils ohne dass die Polizei eingriff, und wurden die Drohungen lauter. Tausende Migrant:innen campierten auf den Straßen der Großstädte, weil sie sich in ihren Wohnvierteln nicht mehr sicher fühlten, weil sie angegriffen oder ihre Läden geplündert worden waren, weil ihnen Vermieter und Arbeitgeber aus Angst gekündigt hatten – und weil sie nun in ihre Heimat zurückkehren wollten. Der Andrang war so groß, dass es nicht genügend Busse gab und die Behörden mit der Erfassung von Personalien und Aufenthaltstiteln überfordert waren, zivilgesellschaftliche Organisationen übernahmen die Versorgung der Menschen, die mitunter seit Jahren in Südafrika leben.

Je näher das Datum rückte, desto lauter wurden die Appelle, friedlich zu protestieren – von Ministern, vom größten Koalitionspartner des Afrikanischen Nationalkongresses, der Democratic Alliance,

von der Polizei, von Kirchen und zivilgesellschaftlichen Gruppen oder von traditionellen Oberhäuptern wie dem AmaZulu-König Misuzulu kaZwelithini. Um die drohende Gewalt abzuwenden, lud Ramaphosa am Vorabend des 30. Juni noch eilig zwei der Protestführer in den Regierungssitz ein – die beiden Zulu-Nationalisten Nkosikhona Ndabandaba und Ngizwe Mchunu, nicht aber »March and March«-Gründerin Jacinta Ngobese-Zuma. Das Treffen hatte den Beigeschmack einer Legitimierung dieser selbsternannten Volksvertreter auf höchster politischer Ebene. Mchunu ist wegen Hassrede verurteilt und stand wegen Anstiftung zur Gewalt im Zusammenhang mit Ausschreitungen im Juli 2021 vor Gericht. Ndabandaba ist für extreme Äußerungen bekannt – die Aktionen gegen Ausländer:innen bezeichnet er in MAGA-Manier als »Verteidigung unserer Frauen und Kinder« und fordert, dass auch Südafrikanerinnen, die mit Ausländern liiert sind oder Kinder mit ihnen haben, das Land verlassen sollen.

Marschieren »bis wir gewinnen«

Klar ist mittlerweile: Südafrika versank am 30. Juni nicht in Chaos und Gewalt, die Ausschreitungen am Rande der Protestmärsche hielten sich in Grenzen. Mit der Gewalt hätten ihre Anhänger auch nichts zu tun, ihre Protestmärsche seien friedlich, triumphierte »March and March«-Gründerin Ngobese-Zuma regelrecht, nachdem der befürchtete Flächenbrand ausgeblieben war. Das lag allerdings auch an einem massiven Polizeiaufgebot, unterstützt von privaten Sicherheitskräften und der Armee, die noch mehrere Wochen im Einsatz bleiben soll, denn die Gefahr ist noch nicht gebannt. Die Regierung werde nun jährlich ein Sicherheitsbudget von 600 Mio. Rand (etwa 32 Mio. Euro) brauchen, sagte Ngobese-Zuma, als sie vor ihren Anhänger:innen den »historischen Erfolg« ihres Protestmarschs feierte. Der 30. Juni sei nur der Beginn, sie würden weiter marschieren – »bis wir gewinnen«, so der Slogan. »Wir

2 Report on Migration Statistics based on various data sources including census 2022, statssa.gov.za, 19.2.2025.

werden im ganzen Land jeden Donnerstag demonstrieren, solange sich Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung unter uns befinden.« Eigene politische Ambitionen verfolge »March and March« dabei nicht, betont Ngobese-Zuma. Fremdenfeindlich sei ihre Bewegung auch nicht, es gehe schlicht um eine effektive Bekämpfung illegaler Migration.

Wissenschaftler:innen betonen allerdings, dass fremdenfeindliche Gewalt nicht spontan ausbreche. »Dahinter stehen politische und ökonomische Interessen lokaler Gruppen: traditionelle Anführer, Bürgerinitiativen, Vereine lokaler Geschäftsleute. Sie nutzen die Stimmung aus und schüren die Gewalt«, sagt Migrationsforscher Jean-Pierre Misago von der Witwatersrand Universität.³ Oft würden Läden von Ausländer:innen nach Protesten angegriffen, die Plünderungen wirkten dabei wie eine Belohnung. »Wir nennen das Mikropolitik, und die ist zentral, wenn es darum geht, die Gewalt gegen Ausländer zu erklären.« Es gehe also nicht nur um frustrierte Communities, sondern um ein politisches Unterfangen, das von Selbstjustizgruppen und dem Staat »durch aktives Handeln und Unterlassen gemeinsam ins Leben gerufen wurde«.

Populistische und ethnonationalistische Gruppierungen in Südafrika haben Ausländer:innen seit Jahrzehnten als Sündenböcke ausgemacht und machen Afrikaner:innen aus anderen Staaten, mit oder ohne Papiere, für die sozioökonomischen Probleme des Landes verantwortlich - für eine Arbeitslosenquote von mehr als 30 Prozent insgesamt und über 45 Prozent unter jungen Arbeitssuchenden, eine vielerorts versagende öffentliche Versorgung, überfüllte Kliniken und Schulen, Drogenhandel und extreme Gewaltkriminalität. Dass dieser behauptete Zusammenhang vielfach widerlegt worden ist, mindert die mit Hass- und Desinformationskampagnen gezielt geschürte Wut nicht. Seit 2008 ist die fremdenfeindliche

Gewalt in Südafrika mehrfach eskaliert, mit regelrechten Menschenjagden und Lynchmorden. Bewaffnete Mobs greifen Menschen auf der Straße an, weil sie »fremd aussehen«, plündern Läden, brennen Marktstände und Wohnstätten nieder, versperren den Zutritt zu Schulen und Kliniken, führen Razzien und Passkontrollen durch. Wer Papiere vorzeigt, dem wird häufig vorgeworfen, sie seien gefälscht. Die südafrikanische Regierung redet fremdenfeindliche Motive in vielen Fällen jedoch eher klein und verweist auf die ohnehin hohe Gewaltkriminalität im

»Hinter der rassistischen Gewalt stehen politische und ökonomische Interessen lokaler Gruppen.«

Land, der auch Migrant:innen zum Opfer fallen würden. Südafrikaner:innen seien nicht fremdenfeindlich, betonten seit 2008 die aufeinander folgenden Staatspräsidenten Thabo Mbeki, Jacob Zuma und Cyril Ramaphosa in seltener Einigkeit. Misago zufolge kommt das einer Verleugnung gleich, die mit dem Image als Regenbogennation zusammenhänge. »Der mangelnde politische Wille, Täter zur Rechenschaft zu ziehen und Warnungen ernst zu nehmen, führt dazu, dass die Gewalt jederzeit wieder aufflammen kann.« Misago hat die unabhängige Plattform Xenowatch mitgegründet, die fremdenfeindliche Angriffe erfasst. Demnach wurden seit dem Ende der Apartheid 703 Menschen getötet, mehr als hunderttausend vertrieben und tausende Geschäfte geplündert.

Regierung unter Zugzwang

Auch aktuell bleiben Anspannung und Angst bestehen, Geschäftsleute in Städten wie Durban fürchten wirtschaftlichen Schaden durch die Dauerproteste, die Ausreisewelle in Länder wie Simbabwe, Mosambik oder Malawi hält an, gleichzeitig

3 Im Gespräch mit der Autorin Anfang Juni 2026.

hat die Regierung die Kontrollen im Land und an den Grenzen verschärft.

Das Budget der »Border Management Authority« wurde bereits deutlich aufgestockt, nun sollen 300 zusätzliche Beamte eingestellt und Drohnen eingesetzt werden. An der Grenze zum Nachbarland Simbabwe wurde ein Abschiebezentrum eröffnet. Das ist eine Zäsur in einem Land, das Asylbewerber und Flüchtlinge bislang nicht in Camps untergebracht hat. Die Regierung will nun durchgreifen, wirkt aber getrieben in ihrem Aktionismus. Nicht

wirtschaftsstärkeren Südafrika eine bessere Zukunft suchen. Eine gemeinsame regionale Migrationspolitik, eine stärkere Kooperation afrikanischer Länder sind auch in Ramaphosas Fünf-Punkte-Plan vorgesehen – allerdings nicht zum ersten Mal. Da helfe nur Abschottung, empfahl Polens Außenminister Radosław Sikorski in den ersten Julitagen bei einem Treffen mit seinem südafrikanischen Amtskollegen Ronald Lamola. Polen habe massiv in Grenzanlagen investiert und illegale Migration damit erfolgreich unterbunden. Südafrika müsse sich nun ebenfalls zwischen einem Wohlfahrtsstaat und offenen Grenzen entscheiden, beides gleichzeitig funktionieren nicht, empfahl Sikorski.

Wie in vielen Ländern weltweit lenkt die Konzentration auf Migrationspolitik auch in Südafrika von dem Versagen und den Versäumnissen der Regierung ab. Selbst wenn alle illegal Eingewanderten noch heute das Land verlassen würden, blieben die strukturellen Probleme bestehen: Die Arbeitslosigkeit würde nicht kleiner, Korruption und Kriminalität nicht geringer, die Ausstattung von Schulen und Kliniken nicht besser, die Zukunftsperspektiven für Südafrikaner:innen nicht automatisch rosiger.

Die Ursachen von Südafrikas sozio-ökonomischen Problemen liegen vielmehr in schlechter Regierungsführung und Korruption, wie eine Studie des Instituts für Sicherheitsstudien belegt.⁴ Entgegen den Protestparolen tragen Migrant:innen zum Wirtschaftswachstum bei, schaffen häufig sogar Arbeitsplätze für Einheimische und werden seltener wegen Straftaten wie Mord oder Vergewaltigungen verurteilt als Südafrikaner:innen. Doch im Wahlkampf, in der von Gewalt, Angst und Populismus geprägten Stimmung, gehen diese Fakten unter. Der Nährboden für fremdenfeindliche Parolen und Gewalt ist seit dem 30. Juni noch fruchtbarer geworden. ◻

4 Anthony Kaziboni u.a., Scapegoating in South Africa. Busting the myths about immigrants, issafrica. s3.amazonaws.com, September 2022.

»Die Regierung wirkt getrieben in ihrem Aktionismus.«

nur von den Protesten auf der Straße, sondern auch von den Anfang November anstehenden Kommunalwahlen. Die fremdenfeindlichen Gruppierungen haben das Thema Migration gesetzt, die Regierung sieht sich nun unter Zugzwang.

Der Wahlkampf heizt die Stimmung weiter an. Parteien, wie Action SA, Patriotic Alliance oder die MK-Partei von Ex-Präsident Jacob Zuma, sympathisieren mit Bewegungen wie »March und March« und nutzen die Proteste für ihren Stimmenfang. Der einst allein regierende Afrikanische Nationalkongress, ANC, steckt in der Krise. Die Umfragewerte sind im Keller, eine Kommission untersucht die Verstrickungen von Sicherheitsbehörden in die organisierte Kriminalität, Präsident Ramaphosa wehrt sich gegen ein Impeachment-Verfahren und sorgt sich um sein internationales Ansehen.

Länder wie Nigeria und Ghana haben scharf auf die fremdenfeindliche Gewalt reagiert, Nachbarländer wie Simbabwe verhaltener – man werde Südafrika als souveränem Staat nicht vorschreiben, wie es mit der Situation umgehen solle. Die politische und ökonomische Dauerkrise in den autokratisch regierten Nachbarstaaten wie Simbabwe oder Mosambik hat dazu beigetragen, dass Bürger:innen im